

**Zustimmung einer Partei zu einer
bewilligungspflichtigen Maßnahme
gemäß § 7 Abs 9 BauPolG**

1. Angaben zur Person des Bewilligungswerbers:

Vor- und Zuname / Bezeichnung der juristischen Person:

.....

Geburtsdatum (nur bei physischen Personen):

Anschrift:

.....

2. Angaben zur bewilligungspflichtigen Maßnahme (Gegenstand des Bauansuchens):

Ausführungsort der Maßnahme:

Grundstück Nr. Einlagezahl

allenfalls Katastralgemeinde bzw. Abteilung

Grundbuch Bezirksgericht

Beschreibung der Maßnahme:

.....

.....

.....

.....

Die Maßnahme ergibt sich in ihren Einzelheiten aus den gleichzeitig zur Einsicht vorgelegten Bauplänen.

3. Angaben betreffend die zustimmende(n) Person(en):

Vor- und Zuname / Bezeichnung der juristischen Person:

.....

Geburtsdatum (nur bei physischen Personen):

Anschrift:

.....

- Ich bin / wir sind / die von mir/uns vertretene(n) Person(en) ist (sind) Eigentümer(in) des (der) Grundstücke(s) Nr. Einlagezahl
 allenfalls Katastralgemeinde bzw. Abteilung
 Grundbuch Bezirksgericht
- In dieser Eigenschaft bin ich / sind wir / ist sie Nachbar im Sinn des § 7 Abs 1 Z 1 BauPolG zum vorgelegten Bauvorhaben.
- Die von mir/uns vertretene(n) juristische(n) Person ist (sind) Eigentümer(in) einer Hauptversorgungseinrichtung im Sinn des § 7 Abs 1 Z 2 BauPolG.
- Die zustimmenden Person(en) wird (werden) vertreten durch:
 Vor- und Zuname:
 Anschrift:
 Bei berufsmäßigen Vertretern Datum der Vollmacht:
 Bei sonstigen Bevollmächtigten ist eine mit S 180,00 gestempelte Vollmacht anzuschließen.

4. Zustimmung und Rechtsfolgen:

- Ich / wir stimme(n)
- Ich / wir stimme(n) namens der von mir/uns vertretenen Person(en) der unter Punkt 2 beschriebenen und aus den gleichzeitig vorgelegten Bauplänen sich ergebenden Maßnahmen zu. Zum Nachweis der Identität der vorgelegten Baupläne wurden diese von mir/uns eigenhändig unterfertigt.
- Die Zustimmung zu dieser baulichen Maßnahme ist unwiderruflich und gilt auch für die Rechtsnachfolger im Eigentum des (der) unter Punkt 3 bezeichneten Grundstücke(s).
- Ich bin / wir sind in Kenntnis davon, dass ich/wir die von mir/uns vertretene(n) Person(en) mit dieser Zustimmung auf das Recht auf Parteienghör im Ermittlungsverfahren zur Bewilligung dieses Projektes verzichte/n/t, insbesondere auf Ladung zu einer allfälligen mündlichen Verhandlung. Die Erhebung von Einwendungen gegen das Vorhaben ist daher nicht mehr möglich.

.....
 Ort und Datum

.....
 Unterschrift der zustimmenden Person(en)
 oder ihres (ihrer) Vertreter(s)